

Niederschrift

über die 5. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport am Donnerstag, 24.02.2011 um 17:00 Uhr, in der Aula des Helmholtz-Gymnasiums, Am Holterhöfchen 30

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Rudolf Joseph

FDP

Ratsmitglieder

Herr Dr. Stephan Lipski

CDU

Frau Claudia Schlottmann

CDU

Herr Norbert Schreier

CDU

Herr Christoph Bosbach

SPD

Herr Dominik Stöter

SPD

Herr Hans-Jürgen Weber

SPD

Herr Alfred Will

BA/CDf

Sachkundige Bürger/innen

Herr Heinz Benner

FDP

Herr Hendrik Döpper

FDP Vertretung für Herrn Benner zu TOP 18

Frau Marianne Münnich

Bündnis90/Die Grünen

Herr Horst Ferber

dUH

Beratende Mitglieder

Herr Gottfried Schmidt

kath. Kirche

Herr Markus Hiemenz

ev. Kirche

Herr Karl Hubert

Stadtsportverband

Von der Verwaltung

Herr Beig. Reinhard Gatzke

Herr Kämmerer Heinrich Klausgrete

Frau Noosha Aubel

Frau Simone Heese

Herr Achim Hendrichs

Herr Michael Witek

Frau Birgit Schimang

Frau Claudia Ledzbor

Vertreter der Schulen

Herr Schulleiter Klaus Drewer

Frau Anne Gronemeyer

Herr Karl-Heinz Rädisch

Herr Peter Schüller

Frau Karin vom Steeg

Theodor-Heuss-Hauptschule
Ferdinand-Lieven-Förderschule
Helmholtz-Gymnasium
W.-Fabry-Realschule
Astrid-Lindgren-Schule

Gäste

Herr Dr. Detlef Garbe

Dr. Garbe Consult

Beiräte

Herr Said Azmaa
Herr Jürgen Lorenz

Integrationsrat
Behindertenbeirat bis TOP 7

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

Änderungen zur Tagesordnung

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Verabschiedungen

Einwohnerfragestunde

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 3 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Errichtung eines Grundschulverbundes - | WP 09-14 SV 51/085 |
| 4 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Kooperation im Hildener Süden - | WP 09-14 SV 51/096 |
| 5 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Neugründung einer Grundschule durch Zusammen-
legung am Standort Beethovenstraße | WP 09-14 SV 51/087 |
| 6 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Auflösung des Grundschulverbundes Kalstert- | WP 09-14 SV 51/086 |
| 7 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule | WP 09-14 SV 51/083 |
| 8 | Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule -Festlegung der Zügigkeiten- | WP 09-14 SV 51/084 |
| 9 | Optimierung der Essensverpflegung an den städtischen Schulen
und Kindertageseinrichtungen in Hilden | WP 09-14 SV 51/090 |
| 10 | Schüler- und Klassenzahlen zum Schuljahr 2010/2011 | WP 09-14 SV 51/089 |
| 11 | Offene Ganztagsgrundschulen in Hilden. Der Bedarf zum Schul-
jahr 2011/2012 | WP 09-14 SV 51/097 |
| 12 | Bericht zur Pflege der Sportplatzanlagen im Jahr 2010 | WP 09-14 SV 51/088 |
| 13 | Bericht über die im Jahr 2010 gewährten Zuschüsse an die Sport-
vereine | WP 09-14 SV 51/091 |

- | | | |
|----|--|--------------------|
| 14 | Masterplan Holterhöfchen - Sanierungs- und Entwicklungskonzept | WP 09-14 SV 66/061 |
| 15 | Unebenheiten auf dem Bolzplatz Kalstert
hier: Antrag der FDP - Fraktion im Ausschuss für Schule und Sport
am 24.06.10 | WP 09-14 SV 66/058 |
| 16 | Mittelfreigabe für gebäudebezogene Maßnahmen vor Rechtskraft
des Haushaltes 2011
- Wilhelm-Fabry-Realschule (Untersuchung zur energetischen Sa-
nierung)
- Ellen-Wiederhold-Halle (Erneuerung der Tribüne) | WP 09-14 SV 26/039 |
| 17 | Anregung gem. § 24 GO NW
- Änderung der Nutzungszeiten für den Talent-Förder-Club Hilden
e.V. - | WP 09-14 SV 51/092 |
| 18 | Haushaltsplan-Entwurf - Änderungen der Verwaltung und der
Fraktionen | WP 09-14 SV 51/094 |
| 19 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen | |
| 20 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen | |

Zu Beginn der Sitzung wird eine Einwohnerfragestunde durchgeführt
mit einer zeitlichen Begrenzung von 30 Minuten.

Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung um 17:00 Uhr und stellte fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Sitzungsvorlagen vollständig zugegangen sind.

Änderungen zur Tagesordnung

Frau Schlottmann beantragte, den Tagesordnungspunkt 6 „Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule“ hinter den Tagesordnungspunkt 10 „Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule – Auflösung des Grundschulverbundes Kalstert“ zu verschieben.

Der Ausschuss stimmte über diese Änderung der Tagesordnung wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Außerdem beantragte **Frau Schlottmann** die Tagesordnungspunkte 6, 7, 8, 9, 10 und 11 zur Schulentwicklungsplanung vorzuziehen und somit die Beratungen mit dem Tagesordnungspunkt 7 „Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule – Errichtung eines Grundschulverbundes“ zu beginnen.

Der Ausschuss stimmte über diese Änderung der Tagesordnung wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	Enthaltung
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Ja

Herr Burchartz merkte an, dass auf der Anwesenheitsliste des Ausschusses für Schule und Sport wieder die Freien Liberalen nicht aufgeführt seien. Er bat darum, diesen Fehler zukünftig abzustellen.

Außerdem regte er an, die anwesenden Besucher bei den Tagesordnungspunkten mit diskutieren zu lassen bzw. den Schulpflegschaftsvorsitzenden der betroffenen Schulen – Adolf-Reichwein, Adolf-Kolping und der Verbundschule Kalstert - eine Stellungnahme zu der jeweiligen Sitzungsvorlage zu gewähren.

Er stellte den Antrag, die Tagesordnungspunkte 6 bis 11 zusammen zu beraten.

Der Ausschuss stimmte zu diesem Antrag wie folgt ab:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	Nein
SPD-Fraktion:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Ja

Herr Burchartz stellte den Antrag, den Tagesordnungspunkt 14 „Masterplan Holterhöfchen – Sanierungs- und Entwicklungskonzept“ von der Tagesordnung zu nehmen. Diese Sitzungsvorlage solle erst im Stadtentwicklungsausschuss, Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und erst abschließend im Ausschuss für Schule und Sport beraten werden.

Der Ausschuss fasste zu diesem Antrag folgenden Beschluss:

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	Nein
SPD-Fraktion:	Nein

FDP-Fraktion:	Nein
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
dUH-Fraktion:	Enthaltung

Herr Will unterstützte den Antrag der Freien Liberalen, den Vertretern der Schulpflegschaften die Möglichkeit einer Stellungnahme in der Ausschusssitzung zu geben.

Herr Joseph schlug vor, Herrn Späte für die Adolf-Kolping-Schule und Herrn Baum für die Verbundschule Kalstert anzuhören.

Der Ausschuss stimmte über den Beschlussvorschlag wie folgt ab.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

1 Befangenheitserklärungen

Herr Benner erklärte sich zu Tagesordnungspunkt 18 „Haushaltsplan-Entwurf – Änderungen der Verwaltung und der Fraktionen“ für befangen. Er benannte Herrn Döpfer als seinen Vertreter.

2 Verabschiedungen

Dieser Tagesordnungspunkt entfiel, da der eingeladene ehemalige Schulleiter der GGS Schulstraße, Herr Fischer, seine Teilnahme aufgrund eines wichtigen privaten Termins abgesagt hatte.

Einwohnerfragestunde

Martin Rawe, Käthe-Kollwitz-Weg 43, 40724 Hilden
Inklusion

Herr Rawe berichtete den Anwesenden, dass der Verein Gemeinsam Leben Lernen e.V. einen Bürgerantrag zur Aufstellung eines Inklusionsplans auf den Weg gebracht hatte. In gemeinsamen Gesprächen mit der Verwaltung sei es gelungen, den Großteil der in diesem Antrag benannten Punkte in den vorliegenden Schulentwicklungsplan aufzunehmen, so dass der Antrag nicht in dieser Sitzung behandelt werden müsse. Der Antrag werde jedoch aufrecht erhalten und in die nächste Sitzung eingebracht werden.

Er bat die Ausschussmitglieder den Schulentwicklungsplan in der vorliegenden Form zu verabschieden und perspektivisch auch die Inklusion im Bereich der Sekundarstufe wohlwollend zu begleiten und zu unterstützen.

Michael Engels, Gustav-Mahler-Straße 13, 40724 Hilden
Zusammenlegung beider Schulen und Neugründung einer Schule an der Beethovenstraße

Herr Engels stellte an Herrn Will die Frage, ob ihm mittlerweile die Stellungnahme der Schulleiterin der Adolf-Reichwein-Schule vorliegen würde und er sich ausreichend informiert fühle, um heute einen Beschluss fassen zu können.

Herr Will erklärte, es läge ihm ein kurzes Schreiben der Schulleiterin und der Stellvertreterin, eine Presseerklärung und ein Schulkonferenzbeschluss der Adolf-Reichwein-Schule vor. Eine ausführliche Stellungnahme der Schulleitung läge ihm nicht vor. Aus diesem Grund fühle er sich nicht ausreichend informiert, um einen Beschluss zu fassen.

Michael Mauri, Beethovenstraße 39, 40724 Hilden
Migrationsquote Adolf-Reichwein-Schule

Herr Mauri richtete die Frage an Herrn Bosbach, wieso dieser 15 Kinder mit Migrationshintergrund in einer Klasse zu einem Problem erklären könne und ob er die Auflösung der Adolf-Kolping-Schule als schweren politischen Fehler sähe.

Herr Bosbach erklärte, er habe in der Vergangenheit keinerlei Äußerungen zu diesen beiden Aussagen gemacht. Zur Migrationssituation und deren Schwierigkeiten sei die Schulleitung zu befragen.

Rene Tzschabran, Lodenheide 22, 40724 Hilden
Neugründung einer Schule an der Beethovenstraße

Herr Tzschabran fragte nach, ob der Verwaltung schriftliche Bürgeräußerungen vorlägen, die eine Neugründung einer Schule am Standort Beethovenstraße wünschen und wem die Auflösung der beiden bestehenden Schulstandorte nützen würde.

Herr Beig. Gatzke erklärte, es lägen keine solchen Bürgeräußerungen vor. Die Gründe für die angedachten Maßnahmen am Standort Beethovenstraße seien in Elternversammlungen, Schulkonferenzen und in der Sitzungsvorlage 51/87 „Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes – Neugründung einer Grundschule durch Zusammenlegung am Standort Beethovenstraße“ vorgestellt worden. Diese Sitzungsvorlage sei auch auf der Internetseite der Stadt Hilden zur Kenntnis jeden Bürgers eingestellt worden.

3 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Errichtung eines Grundschulverbundes -

WP 09-14 SV 51/085

Herr Bosbach erkundigte sich, warum erst zum Schuljahr 2012/2013 die Umsetzung des Montessori-Konzeptes an der Walter-Wiederhold-Schule erfolgen werde.

Frau Aubel berichtete, der Walter-Wiederhold-Schule wurde eine Lehrerin mit einem Montessori-Diplom zugewiesen. Eine weitere Kollegin begäbe sich in die Montessoriausbildung. Für das Schuljahr 2011/2012 sei die erste Priorität, die beiden Schulen im Verbund zu vereinen, der nächste Schritt sei dann die Umsetzung des Montessori-Konzeptes am Standort Walter-Wiederhold.

Der Ausschuss für Schule und Sport fasste folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport:

1. Die Gemeinschaftsgrundschule Schulstraße und die Gemeinschaftsgrundschule Walter-Wiederhold werden gemäß § 81 und § 82 des Schulgesetzes NRW mit Beginn des Schuljahres 2011/2012 als Grundschulverbund geführt. Der Schulbetrieb wird in den Schulgebäuden Schulstraße (Hauptstandort) und Walter-Wiederhold-Schule (Nebengebäude/Teilstandort) durchgeführt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Genehmigungsverfahren nach § 81 Schulgesetz einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

4	Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule - Kooperation im Hildener Süden -	WP 09-14 SV 51/096
---	---	--------------------

Ohne Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport die Überprüfung der Schülerzahlen und Raumbedarfe an der Wilhelm-Busch-Schule und der Astrid-Lindgren Schule im Kalenderjahr 2013.

Bis zu diesem Zeitpunkt soll eine optimierte Raumnutzung mit Hilfe des vorgelegten Kooperationsvertrages beider Schulen erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5	Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich Grundschule - Neugründung einer Grundschule durch Zusammen- legung am Standort Beethovenstraße	WP 09-14 SV 51/087
---	---	--------------------

Herr Späte, Sprecher der Elterinitiative der Adolf-Kolping-Schule, stellte die Bedenken der Elternschaft vor. Er hätte kein Verständnis dafür, dass eine Schulleitung darauf dränge, die eigene Schule aufzulösen. Seiner Meinung nach habe eine Schulleitung sich für die Schule einzusetzen und für den Erhalt zu kämpfen. Außerdem bat er die Verwaltung zur Aufklärung der Sachlage und für Gespräche mit den Betroffenen um mehr Zeit. Er forderte die Verwaltung und die Politik auf einen runden Tisch zu organisieren, da bei den betroffenen Eltern noch weiterer Diskussions- und Informationsbedarf bestehe.

Er bat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Warum ist die Einzügigkeit einer Schule ein Problem? Er führte aus, der Schulträger habe laut Gesetz die Auflage zu prüfen, ob für die einzügige Adolf-Reichwein-Schule ein Verbund in Frage komme. Die Bezirksregierung habe einen Verbund zwischen der Adolf-Kolping-Schule und der Adolf-Reichwein-Schule verneint, damit habe der Schulträger seine Aufgabe erfüllt.
2. Wieso eine Migrationsquote von 52% an einer Schule als Problem empfunden werde?
3. Wieso es ein Problem bei den Schulräumen gäbe? Mit dem Rückgang der Schülerzahlen gäbe es mehr freiwerdende Räume.

Frau Aubel erklärte, das Verfahren zum Schulentwicklungsplan wäre ein breit angelegtes Verfahren gewesen. Es sei ein Unterausschuss mit Vertretern aus der Politik, Schulleitern, Verwaltung und Stadtschulpflegschaft gebildet worden, der an der Fortschreibung des Schulentwicklungsplans maßgeblich beteiligt gewesen sei. Außerdem wurden frühzeitig bilaterale Gespräche mit allen Beteiligten geführt. Es wurden im Gespräch mit der oberen und unteren Schulaufsichtsbehörde und Dr. Garbe alle Möglichkeiten für diesen Schulstandort ausgelotet.

Die drei aufgeführten Problemkreise der Adolf-Reichwein-Schule könne man nicht isoliert, sondern nur in der Gesamtschau betrachten.

Nachfolgend ging Frau Aubel auf die drei gestellten Fragen ein:

1. Einzügige Schulen seien keine stabilen Schulen. Deshalb enthalte das Gesetz die Sollvorschrift, diese Schulen in einen Verbund einzubringen. Eine neugegründete Schule an der Beethovenstraße würde ein stabiles System mit idealen Klassenfrequenzwerten schaffen. Davon würden beide Schulen profitieren.
2. Jedes Kind habe einen gesetzlichen Anspruch auf eine individuelle Förderung. Dies sei nur in einer heterogenen Klasse möglich. Klassen mit überdurchschnittlich hohen Anteilen von Kindern mit Migrationshintergrund bergen die in den Ausführungen der Schulrätin Ihle zu entnehmenden Probleme.
Auch das absolut unterstützenswerte Konzept der Inklusion fordere Heterogenität und Diversität. Die zahlreichen Vorteile eines solchen Ansatzes sind umfänglich dokumentiert.

3. Bei der Raumnutzung an den beiden Schulen sei es im letzten Jahr äußerst schwierig gewesen eine Einigung zu erzielen. Man habe lediglich eine Interimslösung für das laufende Schuljahr finden können. Durch die steigende Anzahl der Kinder in den Betreuungsangeboten sei kurz- bis mittelfristig nicht mit frei werdenden Räumen aufgrund von demographischen Gewinnen zu rechnen. Bei nur einer Schule am Standort Beethovenstraße sei durch die Verfügbarkeit über alle Räumlichkeiten in der Gesamtkubatur eine deutlich optimierte Raumnutzung möglich.

Herr Burchartz stellte für die Freien Liberalen folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Hilden möge beschließen, Schuleinzugsgebiete für die Stadt Hilden wieder einzuführen.

Begründung:

Schuleinzugsgebiete garantieren eine flächendeckende Versorgung der Hildener Familien mit

Grundschulen im nahen Wohnumfeld ihrer Kinder. Sie verhindern Schließungen von an sich erfolgreichen Grundschulen aufgrund kurzfristiger und gegebenenfalls temporärer lokaler Entwicklungen, die in kurzen Zeiträumen obsolet werden können. Sie verhindern weiterhin die zwangsläufige Inkaufnahme von langen Schulwegen und die Gefahr einer möglichen Herausnahme von Kindern aus den gewohnten sozialen Gruppen „ihrer Straße“ oder ihrer Kita. Vor allem aber tragen sie erheblich zur Integration von Kindern mit Migrationshintergrund bei, da soziale Segregation in reinen „Ausländerklassen“ verhindert wird.

Frau Schlottmann erklärte, die Wiedereinführung der Schulbezirke sei keine Lösung. Außerdem solle man auf den Elternwillen bei der Schulanmeldung Rücksicht nehmen.

Herr Beig. Gatzke erklärte, die Wiedereinführung der Schulbezirke löse nicht das strukturelle Problem der rückläufigen Schülerzahlen. Der Schulträger sei verpflichtet die Bezirke auf eine zweizügige Grundschule auszurichten. Dies würde die Schließung von Schulstandorten nur beschleunigen. Ein Viertel der Eltern würden bei der Anmeldung eine Wunschschule für ihr Kind und nicht die wohnortnächste Schule wählen. Diesen Elternwillen solle man jetzt nicht wieder beschneiden.

Der Antrag werde in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Schule und Sport zur Beratung gestellt.

Herr Benner fragte nach, ob es möglich sei, an diesem Standort ebenfalls eine Kooperation beider Schulen zu initiieren.

Frau Schlottman erklärte, eine konfessionelle Schule an diesem Standort sei wichtig. Daher favorisiere die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag B. Sie regte an, den Zeitrahmen für die Vorlage einer Alternative auf Ende Mai zu verlängern. Sie betonte, dass es wichtig sei, den Eltern Planungssicherheit zu geben und eine Entscheidung vor den Sommerferien herbei zu führen.

Herr Gatzke sagte eine Verlängerung des Zeitraumes auf Ende Mai 2011 zu.

Herr Will führte aus, es sei nicht gelungen, einen Dialog zwischen der Adolf-Reichwein-Schule und der Adolf-Kolping-Schule herbeizuführen. Deshalb solle die Verwaltung und die Politik in diesen Dialog mit eingebunden werden. Er regte an, den Elternwillen noch einmal richtig abzufragen.

Er stellte den Antrag an die Verwaltung, noch einmal bei der unteren und oberen Schulaufsichtsbehörde nachzufragen, welche Möglichkeiten es gibt, damit beide Schulen weiterbestehen können. Er bat die Verwaltung um die Organisation eines Runden Tisches, an dem alle Beteiligten noch einmal das Für und Wieder für die Neugründung einer Schule am Standort Beethovenstraße diskutieren können.

Frau Aubel merkte an, der Status Quo könne erhalten bleiben, jedoch würde dies keines der bestehenden Probleme beseitigen.

Dr. Garbe berichtete, bei der Fortführung des Status Quo würde an der Adolf-Reichwein-Schule ein instabiles einzügiges System vorliegen. Es käme zu einem jährlichen Anstieg der Migrationsrate und es käme auf Grund des niedrigen Klassenfrequenzrichtwertes zu Problemen beim Lehrereinsatz. Rutsche die Eingangsklasse unter 18 Schüler müsse die Schule aufgelöst werden. Alle Schulen mit einer Einzügigkeit seien risikobehaftet und daher aus Sicht des Schulentwicklungsplaners nicht zu empfehlen.

Frau Münnich sprach sich dafür aus, die Entscheidung nicht zu verschieben, sondern heute einen Beschluss zu fassen. Alle Fraktionen hätten sich ausführlich mit diesem Thema beschäftigt. Es habe sich gezeigt, dass ein Schulverbund nicht machbar und auch nicht gewollt sei. Mittlerweile sei es zu massiven verbalen Angriffen gegen einzelne Personen gekommen, die

Fronten hätten sich noch mehr verhärtet. Sie sprach sich für die Alternative A des Beschlussvorschlages aus.

Herr Bosbach regte ebenfalls an, einen Runden Tisch mit der Verwaltung, Schule, Elternvertretern und Politik zu organisieren.

Herr Ferber erklärte, es gäbe noch eine Schule im Hildener Norden, dies sei die GGS Elbsee. Diese Schule solle mit in die Planungen einbezogen werden.

Herr Beig. Gatzke merkte an, es dürfe zu keiner Zementierung des Status Quo kommen. Die Verwaltung stehe Alternativlösungen und Vorschlägen offen gegenüber. Sie werde diese auf ihre Umsetzbarkeit überprüfen und wenn möglich umsetzen. Es sei allerdings notwendig, die beschriebenen Problemkreise nicht ungelöst zu lassen. Zudem gelte es Formen für einen konstruktiven Meinungsaustausch zu finden. Er sagte die Bildung eines Runden Tisches zu.

Dann ließ der Vorsitzende den Ausschuss über die Alternative A des Beschlussvorschlages abstimmen.

Neugründung einer Schule am Standort Beethovenstraße durch Zusammenlegung der Gemeinschaftsgrundschule Adolf-Reichwein und der katholischen Bekenntnisschule Adolf-Kolping. Die Ausrichtung der Schule bestimmt sich durch das Bestimmungsverfahren gemäß § 27 Abs. 2 SchulG NRW.

1. Beauftragung der Verwaltung zur Einleitung des Bestimmungsverfahrens.
2. Beauftragung der Verwaltung zur Einleitung des Genehmigungsverfahrens § 81 Abs. 2 SchulG NRW.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	Nein
SPD-Fraktion:	Nein
FDP-Fraktion:	Nein
BA-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein

Danach rief der Vorsitzende die Ausschussmitglieder dazu auf, darüber abstimmen, dass die Vorlage im Schulausschuss verbleibt und nicht zur Beschlussfassung in den Rat weitergereicht wird.

Der Ausschuss fasste den entsprechenden Beschluss.

Abstimmungsergebnis:
Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja

dUH-Fraktion:

Ja

Danach bat der Vorsitzende die Ausschussmitglieder über Variante B des Beschlussvorschlages abzustimmen. Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport beschließt eine der folgenden Alternativen

Alternative B:

Die Adolf-Kolping Schule erhält, wie von der Schulkonferenz gewünscht, zusätzliche Zeit zur Erarbeitung einer alternativen Lösung.

Die Alternative ist dem Schulträger bis Ende Mai 2011 vorzulegen, damit nach vorheriger Prüfung und Abstimmung mit der unteren und oberen Schulaufsichtsbehörde, eine Beratung und Entscheidung im Schul- und Sportausschuss am 7.7.2011 und nachfolgend im Rat am 20.07.2011 erfolgen kann.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Enthaltung
dUH-Fraktion:	Ja

6 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule - Auflösung des Grundschulverbundes Kalstert-

WP 09-14 SV 51/086

Herr Baum, Schulpflegschaftsvorsitzende der Verbundschule Kalstert, sprach sich für den Erhalt des Standortes Walder Straße aus.

Nach kurzer Aussprache ließ der Vorsitzende den Ausschuss über die Alternative A des Beschlussvorschlages abstimmen.

Die Auflösung des Grundschulverbundes Kalstert gemäß § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW:
Die Auflösung des Grundschulverbundes hat die sukzessive Schließung des Teilstandortes Walder Straße zur Folge. Die Auflösung erfolgt in der Weise, dass ab dem Schuljahr 2012/2013 keine

Schülerinnen und Schüler mehr aufgenommen werden und somit keine Eingangsklasse mehr gebildet wird. Die im Schuljahr 2011/2012 vorhandenen Klassen werden am Standort Walder Straße so lange weitergeführt, wie dies ein ordnungsgemäßer Unterrichtsbetrieb möglich macht.

Die Verwaltung wird beauftragt, das Genehmigungsverfahren nach § 81 SchulG NRW einzuleiten.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig abgelehnt

Danach beschloss der Ausschuss, dass die Sitzungsvorlage im Ausschuss für Schule und Sport verbleibt und nicht zur weiteren Beschlussfassung in den Rat eingebracht wird.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

Zuletzt stimmte der Ausschuss über die Alternative B des Beschlussvorschlages wie folgt ab:

Beschlussvorschlag:

- B) Die Aufrechterhaltung des Grundschulverbundes Kalstert.
Die Aufrechterhaltung ermöglicht weiterhin eine Anmeldung für beide Schulstandorte (Kalstert und Walder Straße).
Sofern in zukünftigen Schuljahren die Mindestzahl (18) zur Bildung einer Eingangsklasse am Teilstandort Walder Straße nach Ablauf des offiziellen Anmeldeverfahrens nicht erreicht wird, ist der Teilstandort qua Schulgesetz sukzessive aufzulösen. Über die Form der Auflösung ist ein Ratsbeschluss zu fassen.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

7 Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes für den Bereich
Grundschule

WP 09-14 SV 51/083

Herr Beig. Gatzke schlug vor, den Beschluss dahingehend zu ändern, dass der 1. Satz von Punkt 2 „Die darin enthaltenen Handlungsempfehlungen sollen kurz- und mittelfristig umgesetzt werden.“ zu streichen und den 2. Satz „Die dazu notwendigen Maßnahmen werden im Ausschuss für Schule und Sport und im Rat beraten und beschlossen“ in „Die sich daraus ergebenden notwendigen schulorganisatorischen Maßnahmen werden im Ausschuss für Schule und Sport und im Rat beraten und beschlossen.“ abzuändern.

Herr Bosbach stellte mehrere Fragen zum Kapitel Inklusion. Er erkundigte sich, ob die Differenzierung der einzelnen Förderschwerpunkte vom Gesetzgeber so vorgesehen seien. Er fragte, wie so bei der Einzelintegration nur eine Aufnahme im Rahmen der Kapazität möglich sei und eine generelle Aufnahme nur an der wohnortnächsten Grundschule des Kindes möglich sei. Zudem wollte er wissen, ob schon ein Standort für die Schwerpunktschule diskutiert werde und wie viele

Kinder in der Sekundarstufe einen Bedarf auf inklusive Beschulung haben.

Frau Aubel führte aus, im Bereich der Grundschule sei zwischen Kindern, die durch das Kompetenzzentrum für sonderpädagogische Förderung versorgt werden - Kinder mit den Förderschwerpunkten Lernen, Sprache und Emotionale und Soziale Entwicklung - und denen die nicht vom Kompetenzzentrum erfassten – u.a. Kinder, mit den Förderschwerpunkten Hören, Sehen, Körperliche und motorische und geistige Entwicklung - zu unterscheiden. Diese Differenzierung sei vom Gesetzgeber im Schulgesetz so festgelegt. Die Kinder, die im Kompetenzzentrum betreut werden, können im Rahmen der Inklusion eine Grundschule ihrer Wahl besuchen. Die Einschränkung bei der Wahl der Wunschschule im Rahmen der vorhandenen Kapazitäten, ist im Schulgesetz definiert, da bei dem Kind nur ein gesetzlicher Anspruch zur Aufnahme in der wohnortnächste Schule bestehe. Hier gebe es keinen Unterschied zu Kindern ohne Förderbedarf.

Die Kinder, die nicht vom Kompetenzzentrum betreut werden, sollen zukünftig an einer Schwerpunktschule betreut werden. Hierbei handele es sich lediglich um einen Zwischenschritt. Als Ziel sei vorgesehen, dass zukünftig alle Kinder optimal und inklusiv auf einem hohen Niveau in der Schule der Wahl beschult werden können.

Als Schwerpunktschule komme nur eine Schule in Frage, die schon Erfahrungen mit dem Gemeinsamen Unterricht habe. Zurzeit lotete die Verwaltung aus, welche der beiden Standorte mit dem Gemeinsamen Unterricht Interesse zeige und geeignet sei, Schwerpunktschule zu werden.

Im Bereich der Sekundarstufe werde derzeit eine GU-Klasse an der Gesamtschule Hilden/Langenfeld pro Jahrgangsstufe für sechs Schüler – jeweils drei Kinder aus Hilden und Langenfeld - angeboten. An der Theodor-Heuss-Schule werde eine Integrative Lerngruppe mit 12 Kindern mit Sozialem und Emotionalem Förderbedarf betrieben. Die Verwaltung werde gemeinsam mit der Schulaufsicht gezielt und mit Nachdruck weiterführende Schulen ansprechen, so dass alle Kinder auch nach Verlassen der Grundschule eine inklusive Perspektive in Hilden bei der Beschulung erhalten.

Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschluss.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule und Sport:

1. Der vorgelegte Schulentwicklungsplan für den Bereich Grundschule bildet gemäß § 80 Schulgesetz NRW die Grundlage für die zukünftigen schulorganisatorischen und schulbaulichen Maßnahmen sowie für die Entwicklung der Grundschullandschaft in der Stadt Hilden.
2. Die sich daraus ergebenden schulorganisatorischen Maßnahmen werden im Ausschuss für Schule und Sport und im Rat beraten und beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Enthaltung

Herr Gatzke teilte mit, dass auf Grund der noch ausstehenden Entscheidung zum Standort Beethovenstraße die Beschlussfassung in den nächsten Ausschuss für Schule und Sport am 07.07.2011 verschoben werden müsse.

Ohne Wortmeldung nahm der Ausschuss für Schule und Sport die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport und der Jugendhilfeausschuss nehmen den Sachstandsbericht zur Optimierung der Essensverpflegung an den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen in Hilden zur Kenntnis.

Herr Will erkundigte sich, ob es sich bei der Schülerstatistik Zuwanderergeschichte um die Kinder mit Migrationshintergrund handele und nach welchen Kriterien diese Schüler unter dem Begriff mit Migrationshintergrund eingestuft werden.

Herr Gatzke erklärte, er würde gern die genaue Definition weitergeben. Daher werde diese der Niederschrift beigelegt: Die Begrifflichkeit Schüler/Schülerin mit Migrationshintergrund und Schüler/Schülerin mit Zuwanderungsgeschichte wird synonym gebraucht.

Als Person mit Migrationshintergrund/Zuwanderungsgeschichte gelten:

Ausländerinnen und Ausländer, im Ausland Geborene und nach dem 1. Januar 1950 Zugewanderte, Eingebürgerte sowie Kinder, bei denen mindestens ein Elternteil in eine der genannten Kategorien fällt.

Frau Schimang berichtete im Auftrag von Herrn Schüller, Schulleiter der Wilhelm-Fabry-Realschule, dass die Schule die sinkende Schülerzahl analysieren und das Ergebnis im nächsten Ausschuss für Schule und Sport vorlegen werde.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Sachstandsbericht über die Schüler- und Klassenzahlen im Schuljahr 2010/2011 zur Kenntnis.

Herr Will erklärte, dass die Fraktion der BA diesem Beschlussvorschlag wegen des Personalmehrbedarfs nicht mit tragen werde. Die vom Land angenommene Versorgungsquote von 25% sei in Hilden deutlich überschritten und müsse daher nicht weiter ausgebaut werden.

Er sehe eine Unterschiedlichkeit bei dem Elternbedarf. Hier gelte es zu unterscheiden, ob ein Betreuungsplatz benötigt oder lediglich gewollt werde.

Frau Münnich merkte an, es handele sich hier um eine gefährliche Diskussion. Der Bedarf an Betreuungsplätzen sei nicht nur an der Erwerbstätigkeit der Eltern festzumachen. Es sei hier auch der Aspekt der Förderung der Kinder zu betrachten.

Auch **Frau Schlottmann** brachte ihren Unmut über eine solche Sichtweise zum Ausdruck. Eltern benötigen eine verlässliche und qualitative hochwertige Bildungs- und Betreuungseinrichtung für ihre Kinder.

Der Ausschuss fasste folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport spricht sich für die Einrichtung von zwei zusätzlichen Gruppen in der Offenen Ganztagsgrundschule (OGS) zur Schaffung eines bedarfsorientierten Bildungs- und Betreuungsangebotes zum 01.08.2011 aus.

Über die Bereitstellung der erforderlichen Haushaltsmittel sowie über die notwendigen zusätzlichen Stellen ist im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2011 zu entscheiden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	JA
BA-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein

Herr Bosbach erkundigte sich, ob sich die Reinigungssituation in den Umkleideräumen beim VfB 03 verbessert habe.

Frau Ledzbor teilte mit, die Reinigungsfirma sei gewechselt worden und damit habe sich die Reinigungssituation verbessert.

Der Ausschuss nahm die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Bericht über die Pflege der Sportplatzanlagen im Jahr 2010 zur Kenntnis.

13 Bericht über die im Jahr 2010 gewährten Zuschüsse an die Sport- WP 09-14 SV 51/091
vereine

Ohne Wortmeldungen nahm der Ausschuss die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Bericht über die ausgezahlten Zuschüsse für das Jahr 2010 zur Kenntnis.

14 Masterplan Holterhöfchen - Sanierungs- und Entwicklungskonzept WP 09-14 SV 66/061

Herr Bosbach erklärte, es gebe seitens der SPD-Fraktion noch Diskussionsbedarf. Es sei eine Ortsbegehung nötig, um sich vor Ort einen Eindruck über die angedachten Maßnahmen zu machen.

Herr Burchartz führte aus, es müsse für die Ratsmitglieder vor der Beschlussfassung eine detaillierte Vorstellung der Planungsmaßnahmen erfolgen, da hier Wasserflächen versiegelt werden sollen. Dafür sei eine Ortsbesichtigung notwendig. Die Sitzungsvorlage solle erst im Stadtentwicklungsausschuss, dann im Ausschuss für Umwelt- und Klimaschutz und erst abschließend im Ausschuss für Schule und Sport beraten werden.

Frau Schimang teilte im Namen von Herrn Schüller, Schulleiter der Wilhelm-Fabry-Realschule, mit, dass der Masterplan von der Schule so mitgetragen werde.

Herr Schreier und **Frau Münnich** erklärten ebenfalls, dass nur wenig Zeit für die Vorberatungen gewesen sei und baten um Verschiebung der Beschlussfassung und um eine Ortsbegehung.

Herr Beig. Gatzke erklärte, der Ausschuss für Schule und Sport habe die Verwaltung beauftragt,

schnell eine Ersatzfläche für den durch den Bau der Dreifachturnhalle wegfallenden Bolzplatz zu finden. Es wurden Alternativen entwickelt, die mit den Schulleitungen der Wilhelm-Fabry-Realschule und des Helmholtz-Gymnasiums abgestimmt wurden.

Frau Schlottmann führte aus, dass die im Beschlussvorschlag aufgeführten Punkte erst im Stadtentwicklungsausschuss beraten werden sollten, daher sei heute keine Beschlussfassung möglich und müsse vertagt werden.

Der Ausschuss verzichtete auf eine Beschlussfassung und leitete die Sitzungsvorlage zur weiteren Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss weiter.

15	Unebenheiten auf dem Bolzplatz Kalstert hier: Antrag der FDP - Fraktion im Ausschuss für Schule und Sport am 24.06.10	WP 09-14 SV 66/058
----	---	--------------------

Herr Benner schlug als Beschlussvorschlag den letzten Absatz der Erläuterungen und Begründungen der Verwaltung vor.

Ohne weitere Aussprache fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Im Rahmen der Unterhaltungsarbeiten sollen bis zum Frühjahr (bei geeigneter Witterung) fehlendes Bodenmaterial auf dem Spielfeld eingebaut und mit einer neuen Profilierung auch die Unebenheiten beseitigt werden.

Abstimmungsergebnis:
Einstimmig beschlossen

16	Mittelfreigabe für gebäudebezogene Maßnahmen vor Rechtskraft des Haushaltes 2011 - Wilhelm-Fabry-Realschule (Untersuchung zur energetischen Sanierung) - Ellen-Wiederhold-Halle (Erneuerung der Tribüne)	WP 09-14 SV 26/039
----	---	--------------------

Herr Klausgrete teilte mit, dass sich auf Grund des Antrages der duH eine andere Situation ergeben habe.

Herr Benner erkundigte sich, ob nur die Erneuerung der Tribüne in Frage komme oder ob auch eine kostengünstigere Reparatur möglich sei.

Herr Beig. Gatzke erklärte, eine Reparatur sei laut Auskunft des Amtes für Gebäudewirtschaft nicht mehr möglich.

Herr Hubert bat die Ausschussmitglieder dem Antrag zu zustimmen, da der von der Unfallkasse NRW geforderte Sicherheitsstandard nicht mehr gegeben sei.

Herr Burchartz erklärte, wenn der Sicherheitsstandard schon jetzt nicht mehr gegeben sei, müsse die Nutzung der Tribüne verhindert werden.

Herr Beig. Gatzke berichtete, die Unfallkasse NRW habe der Stadt eine Frist für die Erneuerung der Tribüne gegeben. Bei einem auftretenden Schadensfall habe die Unfallkasse bis zum Ablauf dieser Frist einen Bestandschutz eingeräumt. Erst nach Ablauf dieser gesetzten Frist würden sich für die Stadt Hilden Konsequenzen bei einem Schadensfall ergeben.

Antrag der duH-Fraktion.

1. Im Produkt 080102 wird der Haushaltsrest aus dem Jahr 2010 für den Sportplatz Schützenstraße (wohl noch 41.000 €) gestrichen.
2. Der Ansatz im Produkt 011301 wird um 333.000 € (100.000 € energetische Untersuchung, 230.000 € Tribüne) gekürzt.

Begründung:

Aus Sitzungsvorlagen wurde ersichtlich, dass entgegen der ursprünglichen Annahme die im Antrag genannten Beträge im Haushalt 2011 vorgesehen sind.

In Anbetracht der Haushaltssituation sollte dieses Geld nicht ausgegeben werden.

Der Vorsitzende ließ über den gestellten Antrag der duH abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

CDU-Fraktion:	Nein
SPD-Fraktion:	Nein
FDP-Fraktion:	Enthaltung
BA-Fraktion:	Ja
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Nein
duH-Fraktion:	Ja

Danach fasste der Ausschuss folgenden Beschluss:

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz als Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 GO NRW die vorzeitige Freigabe von Mitteln aus dem Haushalt 2011 für die Maßnahmen

- a) Untersuchung zur energetischen Sanierung des Hauptgebäudes der Wilhelm-Fabry-Realschule, um für die Haushaltsplanung 2012 ff. eine gesicherte Kostenberechnung zu erlangen (100.000 €) und
- b) Erneuerung der Tribüne in der Ellen-Wiederhold-Sporthalle (230.000 €), um einen reibungslosen Ablauf der Maßnahme in den Sommerferien 2011 zu gewährleisten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen

CDU-Fraktion:	Ja
SPD-Fraktion:	Ja
FDP-Fraktion:	Ja
BA-Fraktion:	Nein
Fraktion Bündnis90/Die Grünen:	Ja
dUH-Fraktion:	Nein

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 17 | Anregung gem. § 24 GO NW
- Änderung der Nutzungszeiten für den Talent-Förder-Club Hilden
e.V. - | WP 09-14 SV 51/092 |
|----|---|--------------------|
-

Ohne Wortmeldungen nahm der Ausschuss für Schule und Sport die Sitzungsvorlage zur Kenntnis.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Schule und Sport nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

- | | | |
|----|---|--------------------|
| 18 | Haushaltsplan-Entwurf - Änderungen der Verwaltung und der
Fraktionen | WP 09-14 SV 51/094 |
|----|---|--------------------|
-

Die in den Etat-Beratungen des Ausschusses beschlossenen Änderungen zum Haushaltsplanentwurf 2011 sind in der als **Anlage** beigefügten Änderungsliste dokumentiert.

- | | |
|----|--|
| 19 | Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen |
|----|--|
-

Frau Aubel teilte mit, dass dem Wunsch des Ausschusses für Schule und Sport entsprochen werde und zukünftig die Sitzungen des Ausschuss alternierend in den Schulen bzw. vor den Sitzungen Begehungen von Schulen stattfinden werden.

- | | |
|----|---|
| 20 | Entgegennahme von Anfragen und Anträgen |
|----|---|
-

Keine

Ende der Sitzung: 20:01 Uhr

Rudolf Joseph
Vorsitzender

Simone Heese
Schriftführer/in

Gesehen:

Horst Thiele
Bürgermeister